

MISZELLEN

Beneš-Stalins Gehilfe bei der Sowjetisierung der Tschechoslowakei

Von Gerhard Wettig

Der historische Hintergrund

In der Zwischenkriegszeit war die neu geschaffene Tschechoslowakische Republik (ČSR) nicht bereit, ihrer multinationalen Realität Rechnung zu tragen und sich als gemeinsamer Staat der Tschechen, Slowaken, Deutschen und Ungarn zu verstehen. In Übereinstimmung mit dem nationalistischen Zeitgeist erhob sie den Anspruch, eine einzige Staatsnation zu repräsentieren. Den Tschechen, die sich als diese fühlten, aber nur eine relative Mehrheit darstellten, wurden die Slowaken als offiziell gleichnationale Bevölkerung hinzugezählt, während die Deutschen und Ungarn als staatsfremde, störende Elemente galten. Das gab Hitler 1938 die Möglichkeit zur „Zerschlagung der Tschechei“ im Namen des gleichen nationalen Prinzips, auf das sich die ČSR berief. Großbritannien und Frankreich, die ihm mit dem Münchener Abkommen dazu verhalfen, erkannten erst bei der deutschen Besetzung der „Resttschechei“ im März 1939 (der die Bildung eines slowakischen Satellitenstaates und die Annexion der überwiegend ungarisch besiedelten Gebiete durch das Regime in Budapest folgten), dass es ihrem Vertragspartner nicht um nationale Ziele, sondern um imperialistische Expansion ging. Durch die Auflösung der ČSR sah sich deren Exilpräsident, Eduard Beneš, in der Überzeugung bestärkt, dass die Republik ein homogener Nationalstaat werden müsse. Die fremden Nationalitäten sollten daher keinen Platz mehr im Lande haben.

Beneš bei Stalin

Im Herbst 1943 war klar, dass die deutsche Niederlage im Zweiten Weltkrieg nur noch eine Frage der Zeit war. Auf den Konferenzen in Moskau und Teheran vereinbarten Großbritannien und die USA mit der UdSSR eine gemeinsame Besetzung Deutschlands und verzichteten in der kontroversen Polen-Frage auf die Durchsetzung ihres Standpunkts. Damit rückte auch die Tschechoslowakei in die Reichweite sowjetischer Macht. Beneš fasste den Entschluss zu einem Besuch in der sowjetischen Hauptstadt, um sich des Rückhalts bei Stalin zu versichern. Von London nahm er ein Militärflugzeug in den Iran, den Großbritannien und die UdSSR während des Krieges ihrer Kontrolle unterstellt hatten. Dort wurde ihm von sowjetischer Seite bedeutet, dass ungünstig-

tige Wetterbedingungen einen Weiterflug unmöglich machten. Er musste daher eine zehntägige Zugfahrt unternehmen. Als Begleiter wurde ihm Alexander Kornejtschuk, ein stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, beigegeben, der damit Gelegenheit hatte, von dem Gast dessen Anliegen zu erfragen und ihn über die Erwartungen Moskaus zu orientieren. Das Ergebnis des Meinungsaustauschs wurde im Kreml offenbar mit Befriedigung aufgenommen, denn es herrschte eine überaus freundliche Atmosphäre, als Stalin am 11. Dezember ein Staatsessen für Beneš gab. Eine Aufzeichnung über das dabei geführte Gespräch liegt nicht vor.¹

Am folgenden Tag unterhielt sich Stalin in einer Theaterpause mit dem tschechoslowakischen Gast. Er begann mit einer Frage, die auf dessen Einstellung zu den Polen zielte. Beneš betonte in seiner Antwort die politische Distanz zu ihnen und die gegen sie gerichtete Parteinahme für die UdSSR. Er stellte ihre Großmannssucht heraus, die sie dazu veranlasse, sich als Barriere, als *cordon sanitaire* zwischen der Sowjetunion und Deutschland zu sehen, gab aber der Hoffnung Ausdruck, dass die Polen nach dem Krieg noch „Vernunft annehmen“ und zur Zusammenarbeit bereit sein würden, woraufhin Stalin einwarf: „Aber nur nach einem dritten Krieg!“ Als Beneš meinte, dazu werde es wohl doch nicht kommen, wiederholte General Woroschilow, es werde einen neuen Krieg geben. Stalin fügte hinzu, man könne die Deutschen nicht ändern. Sie würden sich erneut auf einen Krieg vorbereiten, der zu gegebener Zeit ausbrechen werde.² Damit und mit dem weiteren Meinungsaustausch versicherten sich beide Politiker der völligen Übereinstimmung in der Feindschaft zu den Polen und Deutschen. Um das Band der Gemeinsamkeit weiter zu festigen, schürte Beneš Stalins antipolnische Ressentiments. „Die Polen kennen Sie nicht und trauen Ihnen nicht.“ Einen Vertreter der Exilregierung in London, mit dem er vor seiner Abreise gesprochen habe, beschrieb er dem – dazu bedeutsam lächelnden – sowjetischen Führer als Aristokraten, der wie alle diese Leute nur an seine Besitzungen denke. Der habe ihn wiederholt gewarnt, die

1 Vojtech MASTNY (Hg.), *The Beneš-Stalin-Molotov-Conversations in December 1943: New Documents* [Übersetzung der tschechischen Dokumente durch V. Mastny], in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, NF 20 (1972), S. 369.

2 Diese Ansicht beruhte auf Lenins Imperialismus-Theorie, nach der die Staaten im Imperialismus (als dem höchsten und abschließenden Stadium des Kapitalismus) unweigerlich zu Konflikt und Krieg gegeneinander verurteilt waren. Stalin hatte in den zwanziger Jahren nach dem Scheitern des Bemühens um eine schnell sich weltweit ausbreitende Revolution die Schlussfolgerung abgeleitet, dass ein weiterer Weltkrieg zwischen den „Staaten des Imperialismus“ erforderlich sei, um eine weitere Revolution, diesmal im Westen, in Gang zu setzen. Als sich dann nach dem deutschen Überfall von 1941 abzeichnete, dass die UdSSR ihre „revolutionäre“ Ordnung zwar auf viele europäische Staaten, aber sicherlich nicht auf die angelsächsischen Länder ausdehnen konnte, begann Stalin einen dritten Krieg zwischen den „imperialistischen“ Mächten vorauszusagen, der sie endgültig ruinieren und in die „Revolution“ treiben werde. An dieser Überzeugung hielt er bis zu seinem Tode fest.

Russen würden die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei antasten. Wolle er, Beneš, denn Teil Russlands werden? Ob er denn den Russen traue? Die Darstellung zeigte Wirkung: Stalin rief empört aus: „Idioten!“ und ging aufgeregt im Raum hin und her. Er fragte den Gast nach polnischen Politikern aus und gab zu erkennen, dass sich die UdSSR zu den Kräften des polnischen Widerstands gegen die deutschen Besatzer in bewaffnetem Konflikt befand.³

Die Frage der nationalen Säuberung in den Verhandlungen mit Molotow

Das Gespräch brach am Ende der Theaterpause ab. Die konkreten Einzelheiten des künftigen Verhältnisses zwischen beiden Staaten bildeten den Gegenstand von Unterredungen mit Außenkommissar Molotow am 14. und 16. Dezember 1943. Die Bestimmungen des vorgesehenen Vertrages über Freundschaft und Beistand standen nicht zur Erörterung, da man sich hierüber bereits vor der Moskauer-Reise geeinigt hatte. Beneš verwies im ersten Gespräch auf Vorschläge für politische Koordination, die er Kornejschuk am Ende der Zugfahrt in schriftlicher Form unterbreitet hatte. Danach war zu klären, wie mit Nachkriegsdeutschland und mit den Ungarn in der ČSR zu verfahren sei. Beneš bezeichnete die deutsche Frage als grundlegend. Er müsse die sowjetische Haltung dazu kennen, damit man beiderseits die gleiche Position gegenüber Großbritannien und den USA einnehmen könne. Er wolle nicht in die Einzelheiten der sowjetischen Politik eindringen, aber wissen, was die Zusammenarbeit mit der UdSSR erfordere. Was solle mit Deutschland geschehen? Stalin sage, es solle zerstückelt werden. Beneš war damit einverstanden und meinte, die Details bedürften noch näherer Klärung. Churchill und die Amerikaner hätten ihm gegenüber ebenfalls von Zerstückelung gesprochen, doch habe er sich nicht dazu äußern wollen, bevor er nicht die sowjetische Position gekannt habe. Er stimme mit der UdSSR überein und wolle sich in der Deutschland-Politik an sie anpassen. Prag müsse in allem die gleiche Politik wie Moskau verfolgen. Die tschechoslowakischen Delegierten auf internationalen Konferenzen würden immer der Sowjetunion folgen.

Nach diesen Versicherungen seiner Unterwürfigkeit nannte Beneš sein Anliegen. Als Erstes wies er auf die kleinere seiner beiden Sorgen hin. Viele Menschen in seinem Land sagten, dass die Ungarn vernichtet werden müssten. Er sei aber nicht so radikal und wolle seine Politik auch in dieser Angelegenheit dem sowjetischen Kurs anpassen. In Ungarn müsse eine innere Revolution stattfinden, um den Feudalismus zu zerstören. Weil man dort nach der kurz-

3 Minutes of a conversation with Marshal Stalin in the Moscow theater on December 12, 1943, in: MASTNY (wie Anm. 1), S. 376–380. Diese und die nachfolgenden Protokollaufzeichnungen wurden unmittelbar danach von Beneš's Privatsekretär Jaromír Smutný heimlich angefertigt. Gespräche mit Stalin durften in keinem Fall von ausländischer Seite protokolliert werden.

zeitigen Erfahrung mit der kommunistischen Herrschaft von Béla Kun [nach dem Ersten Weltkrieg] „und all dem“ davor Angst habe, sei die Besetzung des Landes [durch die Rote Armee] wichtig. Er könne sich vorstellen, wie die Dinge laufen würden, wenn die Briten allein dort das Sagen hätten, wie es nach dem letzten Krieg der Fall gewesen sei. Die ungarischen Aristokraten hätten sie zur Jagd mitgenommen und ihnen Geschichten von Ungarn als der ältesten Demokratie in Europa erzählt mit dem Ergebnis, dass sie das Horthy-Regime [das sich später mit Hitler gegen die UdSSR verbündete] zur Rettung des Landes erklärten. Molotow meinte daraufhin, dass die Ungarn eine Bestrafung verdienen würden. Beneš nutzte dies, um Forderungen nach „moralischer und politischer Restitution des Status quo“ vor dem Münchener Abkommen anzumelden. Nicht nur sollten die früheren Grenzen wiederhergestellt werden, es gehe auch um die Minderheiten und ihre Aussiedlung. Stalin habe dem während des Staatsessens schon zugestimmt. Das sei „sehr wichtig“.

Das galt noch mehr für das Problem der Sudetendeutschen. Deren „Enklave“ reiche bis auf 60 km an Prag heran. Das müsse geändert werden. Auch die Briten sähen ein, dass man nicht zu der Situation von 1938 zurückkehren könne. Sie stünden einer Aussiedlung positiv gegenüber, wollten aber einen genauen Plan unterbreitet haben. Das habe er, Beneš, hinausgezögert, um zunächst den sowjetischen Standpunkt zu erfahren. Auch hinsichtlich der Sudetendeutschen führte der tschechoslowakische Präsident soziale Argumente ins Feld, um den Kreml davon zu überzeugen, dass das empfohlene Vorgehen dem sowjetischen Klassenkampfkonzept diene. 70 % der deutschen Landeseinwohner seien „reiche Leute“. Diese sollten zuerst gehen, denn sie seien allesamt „Faschisten“. Die Tschechen seien dagegen Demokraten, und auch die wenigen Reichen, die es unter ihnen gebe, könnten bei allen Unterschieden im Einzelnen zu Recht als Teil der demokratischen Nation gelten. Weil die deutsche Bevölkerung der Tschechoslowakei den Krieg begonnen habe, trage sie schwerste Verantwortung und müsse bestraft werden. Das sei auch den Briten erläutert worden, die zwar nicht nein gesagt, aber sich reserviert verhalten hätten und noch immer auf die Vorlage eines schriftlichen Vorschlages drängten. Er zog den Entwurf aus der Tasche, den ihnen vorzulegen er unterlassen hatte, und erläuterte, darin würden die Prinzipien der erforderlichen Aussiedlung dargelegt. Wollte man deren Durchführung noch genauer spezifizieren, dann würde das ein Buch füllen. Beneš machte deutlich, dass er in der Entfernung der nationalen Minderheiten ein Vorbild sah, dem auch andere Siegernationen – Griechen, Jugoslawen und Polen – nachzueifern sollten, um ihre Probleme zu lösen. Danach kam er darauf zurück, dass „die schuldigen Deutschen“ die Tschechoslowakei verlassen müssten.⁴

4 Minutes of a political conversation held on December 14, 1943, at 4:00 p.m., in Molotow's office, EBD. S. 380–384.

Selbstverpflichtung zu sozio-ökonomischer Transformation und zur Bindung an die UdSSR

Der Präsident der ČSR erhob zugleich weitreichende Wiedergutmachungsforderungen gegenüber den Deutschen. Die in ihrer Hand befindlichen Ländereien, Fabriken, Stahlwerke und Banken sollten seinem Land als „Reparationen“ zufallen. Da eine Aufteilung unter Privatpersonen „unerträgliche Rivalitäten“ hervorriefe, müsse dieses Eigentum nationalisiert und vom Staat übernommen werden. Wenn man den deutschen Besitz so behandle, sei den Tschechen das gleiche Opfer abzuverlangen. Molotow fragte zurück, ob er denn glaube, dass diese das akzeptieren würden. Schließlich seien sie doch keine Deutschen [die man zwingen könne], sondern Tschechen. Beneš erwiderte, das werde zwar schwierig sein, aber er sei zuversichtlich, dass es gelingen werde. „Die Übertragung des deutschen Eigentums wird der Anfang der Nationalisierung sein. Ich nehme an, Sie verstehen, was die Übertragung für uns darüber hinaus noch bedeutet: nicht nur Tschechisierung, sondern auch den Beginn einer großen sozialen Transformation.“

Molotow hielt außerdem eine Bodenreform für notwendig. Wie viel Land habe die ČSR, als sie Anfang der zwanziger Jahre die großen Landgüter aufgeteilt habe, den Besitzern gelassen? Beneš antwortete, man habe je 250 Hektar Ackerland und Wald erlaubt. Jetzt aber wolle er weiter gehen und ein Maximum von 25 Hektar pro Familie festlegen. Als der sowjetische Außenkommissar als weiteren Tagesordnungspunkt die Möglichkeit einer Konföderation mit Polen ansprach, nutzte der tschechoslowakische Präsident die Gelegenheit, um sein Eingehen auf das sowjetische Konzept sozio-ökonomischer Umgestaltung in einen vorteilhaften Gegensatz zu den Verhältnissen des Nachbarlandes zu rücken. Während dort „Feudalismus“ herrsche, sei die Tschechoslowakei eine voll entwickelte Demokratie. Es sei offensichtlich ausgeschlossen, dass zwei so verschiedene Länder zu freundschaftlicher, enger und dauerhafter Zusammenarbeit zusammenfinden könnten.⁵

Während des zweiten Gesprächs mit Molotow drang Beneš darauf, dass die im Freundschafts- und Beistandsvertrag vorgesehene militärische Hilfe der UdSSR nicht erst nach Kriegsende beginnen dürfe. Er bitte um Waffen, um „eine Revolution, einen Partisanenkrieg“ in der Tschechoslowakei einleiten zu können. Auf die „ziemlich sarkastische“ Frage des Außenkommissars, zwischen wem denn da Krieg geführt werden solle, erwiderte er, es werde gegen die Deutschen gehen. Es sei zwar möglich, dass diese schon vorher zusammenbrächen, aber das wolle er nicht. Man müsse zum Kampf gegen sie bereit sein. Molotow gab zu erkennen, dass die Tschechen schon längst gegen ihre

5 EBD. S. 384–386.

Besatzer hätten vorgehen sollen, ohne auf den Aufbau einer Armee zu warten. Wie stehe es denn bislang um Akte der Sabotage? Beneš suchte daraufhin den Eindruck zu erwecken, als gebe es derartige Aktivitäten bereits in großem Umfang. Als das auf Unglauben stieß, fand er alle möglichen Gründe, die eine Widerstandsbewegung wie etwa in Polen nicht erlaubten. Molotow freilich fand das nicht überzeugend.

Nach diesem unerfreulichen Meinungs-austausch bemühte sich Beneš, durch den Einsatz für die sowjetischen Nachkriegspläne wieder Sympathie zu gewinnen. Nach dem Ersten Weltkrieg habe sich die Tschechoslowakei auf Frankreich hinorientiert; nunmehr halte er eine enge militärische Zusammenarbeit mit der UdSSR für notwendig. Militärplanung, Militärtheorie, Bewaffnung, Luftabwehr, Flugplatzbau usw. hätten sich fortan nach ihr zu richten. Gleiches gelte für die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Der Außenhandel müsse künftig weit stärker mit dem Osten betrieben werden als früher. Die ökonomischen Probleme – vor allem, wie man in Zukunft Arbeitslosigkeit verhindern könne – seien ohne die Sowjetunion nicht zu lösen. Die bisherige Rohstoffabhängigkeit vom Westen müsse überwunden werden. An die Stelle der dortigen Lieferquellen sollten solche im Osten treten.⁶ Auch legte Beneš sein Land auf eine unbedingte Unterstützung aller Standpunkte fest, welche die UdSSR gegen die Westmächte geltend machte.⁷

Stalins Konzept des nationalen Weges zum Sozialismus

Die Erklärung des tschechoslowakischen Präsidenten, in seinem Land Industrie und Banken zu verstaatlichen und den Landbesitz auf kleine Parzellen zu beschränken, entsprach genau Stalins Vorstellungen über das Anfangsstadium der sozio-ökonomischen Transformation in den von der Roten Armee besetzten Ländern. Die Übereinstimmung war kein Zufall. Schließlich hatte Beneš während der langen Zugreise nach Moskau von Kornejtschuk genaue Instruktionen erhalten, welche Erwartungen er zu erfüllen hatte, wenn er mit seinem Anliegen – dem Verlangen nach Vertreibung der nationalen Minderheiten, insbesondere der Deutschen – im Kreml auf Gegenliebe stoßen wollte. Stalin wollte sich in den Gebieten, die er in seine Gewalt bekam, nicht mit der Einsetzung „freundlicher Regierungen“ begnügen, die ihm die Verbündeten zugestanden hatten, damit die UdSSR nicht wieder von deutscher Aggression bedroht werde. Er suchte nicht nur die außen- und sicherheitspolitische Orientierung dieser Staaten, sondern auch ihre innere Ordnung und das darauf

6 Minutes of a second conversation with Molotov held in Moscow on December 16, 1943, from 5:00 to 7:30 p.m., EBD. S. 388–390.

7 EBD., S. 390–398; Memorandum on a discussion held on December 18, 1943, from 6:00 to 8:45 p.m. at the Kremlin, EBD. S. 399–402.

gegründete Regime zu bestimmen, denn es sollte dem Sozialismus – und das war für ihn ausschließlich das Sowjetsystem – zum Durchbruch verholfen werden.

Wie Stalin später intern deutlich machte, gab es nach seiner Ansicht im Westen keine wirkliche Demokratie. Dort bestimmten relativ wenige Familien das politische Schicksal, deren Macht auf dem Eigentum an den Produktionsmitteln von Stadt und Land beruhte. Wenn die „ökonomischen Grundlagen des Staates unberührt“ blieben, hatte das Volk, ungeachtet aller demokratischen Formen, nichts zu sagen. Daher erklärte er einen „neuen Typ der Demokratie“, eine „komplexere Demokratie“ für notwendig, die „sowohl das politische als auch das wirtschaftliche Leben des Landes“ verändere. Er wollte einen „nationalen Weg zum Sozialismus“ eingeschlagen sehen, der vom Vorgehen in Russland nach Lenins Machtergreifung in der Hauptstadt abweichen sollte. Statt eines revolutionären Umbruchs sollten „demokratische Veränderungen, sozio-ökonomische Reformen“ zum Sozialismus führen. Der Anfang dazu war, dass die soziale Macht der herrschenden Klassen durch Bodenreform und Nationalisierung der Großindustrie gebrochen wurde. Dann bedurfte es keiner „Diktatur des Proletariats“ mehr, wie sie in Russland praktiziert worden war. Demnach konnte man den Weg zum Sozialismus auf diese Weise „bis zu Ende“ gehen, ohne vor der „Reaktion“ zurückzuweichen.⁸

Die Möglichkeit, die sozio-ökonomische Transformation in den zu erobernden Gebieten ohne massenhafte Anwendung repressiver Gewalt durchzusetzen, ergab sich für Stalin daraus, dass dort die Machtfrage von der Roten Armee bereits entschieden war. Das betreffende Land war auf Grund seiner Kapitulation wehrlos. Daher galt es nur noch, die vom sowjetischen Militär errungene Position in kommunistische Herrschaft umzuwandeln.⁹ Damit war „ein anderer, leichter, weniger Blut kostender Entwicklungsweg eröffnet, der Weg sozio-ökonomischer Reformen“. Die vorgesehene „neue Demokratie“ (die später „Volksdemokratie“ hieß) sollte „völlig verschieden“ sein „von der Demokratie, die in einigen Ländern“ – als Beispiel wurde Frankreich genannt – „früher errichtet worden ist“.¹⁰ Die ins Auge gefasste weniger abrupte und

8 Gespräch I.V. Stalin – E. Osóbka-Morawski/St. Szwalbe/Ju. Cyrankiewicz, 19.8.1946, in: T.V. VOLOKITINA/T.M. ISLAMOVI/G.P. MURAŠKO (Hg.), *Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944–1953 gg.* [*Osteuropa in Dokumenten russischer Archive 1944–1953*]. Publikation der Russischen Akademie der Wissenschaften, des Instituts für Slawistik und Balkanistik, des Russischen Zentrums für Aufbewahrung und Studium von Dokumenten zur neuesten Geschichte [heute: Russisches Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte] und des Staatsarchivs der Russischen Föderation, Bd. I: 1944–1948, Moskau/Novosibirsk 1997, S. 511.

9 Gespräch I.V. Stalin – B. Bierut/E. Osóbka-Morawski, 24.5.1946, EBD. S. 457f.

10 Gespräch I.V. Stalin – E. Osóbka-Morawski/St. Szwalbe/Ju. Cyrankiewicz, 19.8.1946, EBD. S. 511.

schmerzhafteste Methode, das Sowjetsystem über ein scheinbar den üblichen Demokratievorstellungen entsprechendes Zwischenstadium durchzusetzen, hatte aus der Sicht des Kreml den besonderen Vorzug, dass sie einen Schock in der betreffenden Gesellschaft vermied, der die Gegenkräfte zu gemeinsamem entschlossenem Widerstand herausforderte. Der Anschein, es gehe nur um eine etwas andere Form der Demokratie, erschien auch darum geboten, weil Stalin das Bündnis mit den angelsächsischen Mächten nicht gefährden wollte. Das angestrebte Image eines prinzipiell westlichen Regierungssystems setzte in der Anfangsphase neben institutionellen Formen des Parlamentarismus (die faktisch dazu dienten, die militärische Kontrolle der Besatzungsmacht auf ergebene kommunistische Kader zu übertragen und damit in dauerhafte Herrschaft über das zivile Leben zu verwandeln¹¹) die Kollaboration bürgerlicher Politiker voraus.¹² Beneš als Präsident einer bürgerlichen, in London ansässigen Exilregierung war daher von besonders großem Wert.

Schlussbetrachtung

Es war kein Zufall, dass sich Beneš mit seinem Anliegen an die sowjetische Adresse wandte und in der UdSSR den Vorzugspartner sah, dessen Politik er – anders als die polnischen Politiker – bedingungslos zu folgen bereit war. Der generelle Beweggrund ergab sich aus der Erfahrung von 1938, als die westlichen Schutzmächte Frankreich und Großbritannien die verbündete Tschechoslowakei Hitler ausgeliefert hatten. Die Sowjetunion war damals der einzige Staat von Gewicht gewesen, der daran nicht beteiligt war und zudem seine Bereitschaft zur Verteidigung des Landes erklärt hatte. Für Beneš kam als spezielles Motiv hinzu, dass allein von Stalin Unterstützung für das Vorhaben der nationalen Säuberung zu erwarten war. Wie die Aussagen gegenüber Molotow dartun, glaubte er nicht, dass sich die britische Regierung hinter seinen Plan stellen würde. Ihm wagte er sein radikales Vertreibungskonzept gar nicht erst vorzulegen. In London konnte er zwar mit Rückhalt für die Forderung rechnen, die deutsche Seite dürfe kein zweites Mal in die Lage kommen, die sudetendeutsche Frage als Sprengkörper gegen die Tschechoslowakei ein-

11 Wie dies in der Praxis aussah, lässt sich am Beispiel der Einflussnahme der sowjetischen Behörden auf die CDU studieren, vgl. Gerhard WETTIG, *Der Konflikt der Ost-CDU mit der Besatzungsmacht 1945–1948 im Spiegel sowjetischer Akten*, in: HPM 6 (1999), S. 109–137, insbes. S. 110–112. Als allgemeine Darstellung der kommunistischen Macht-ergreifungsstrategie vgl. Eduard MARK, *Revolution by degrees. Stalin's national-front strategy for Europe, 1941–1947*, (Working paper, Woodrow Wilson International Center for Scholars, Cold War International History Projekt 31), Washington/DC 2001.

12 *Vvedenie [Einführung]*, in: T.V. VOLOKITINA (Hg.), *Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope 1944–1953 [Der sowjetische Faktor in Osteuropa 1944–1953]*, Bd. 1, Moskau 1999, S. 9–11.

zusetzen, aber die völlige Entfernung von Millionen Menschen ließ sich mit dem britischen Ethos nicht vereinbaren. Derartige humanitäre Skrupel waren im Kreml nicht zu befürchten.

Für den bürgerlichen Politiker Beneš war das Eingehen auf Stalins scheinbar harmlose Idee einer sozio-ökonomisch ergänzten Demokratie der Preis, mit dem er dessen Unterstützung für die Vertreibung der Sudetendeutschen und damit für die Schaffung eines homogenen Nationalstaates honorierte. Ein kleiner Schönheitsfehler in seinen Augen war lediglich, dass, wie sich 1945 herausstellte, Moskau zwar eine gewisse Schwächung des ungarischen Elements, nicht aber dessen generelle Beseitigung akzeptierte. Bei der Zustimmung zum sowjetischen Plan erkannte Beneš offenbar nicht, dass die vorgesehene sozio-ökonomische Transformation der erste Schritt zur Ausschaltung der bürgerlichen Demokratie war. Mehr noch: Auch die von ihm selbst betriebene Enteignung und Aussiedlung der Deutschen diente der Umwandlung der Tschechoslowakei in einen Staat nach Art der UdSSR. Wie sich nach Kriegsende zeigte, nutzten die in Moskau auf ihre Aufgabe vorbereiteten kommunistischen Kader (mit denen Beneš nach den Unterredungen mit Stalin und Molotow seine Vorstellungen ebenfalls besprochen hatte) die Macht, die ihnen durch die Verstaatlichung der Produktionskapazitäten und Vermögenswerte aus deutschem Besitz sowie die Kontrolle über das Territorium der vertriebenen Bevölkerung zufiel, zur Schaffung von Positionen, von denen aus sie zum Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft und die von ihr getragenen demokratischen Institutionen antraten.

Anders als in anderen Ländern waren die bürgerlich-demokratischen Strukturen in den Kerngebieten der ČSR nicht durch zerstörerische Kriegsergebnisse erschüttert worden. Es gab daher starken Widerstand gegen die vorgesehene sozio-ökonomische Transformation. Wie Molotow im Gespräch mit Beneš richtig vorausgesehen hatte, erwies sich das Vorhaben der Enteignung als weithin nicht durchsetzbar, wenn es einheimischen, vor allem tschechischen Besitz betraf. Im herrenlos gewordenen sudetendeutschen Gebiet dagegen konnten sich die Kommunisten eine sozio-ökonomische Machtbasis schaffen. Dieser Umweg zur Durchsetzung der ihnen zugewiesenen „führenden Rolle“ war notwendig, weil die Tschechoslowakei – ebenso wie Polen, wo die Vertreibung der Deutschen den Kommunisten ebenfalls die Schaffung einer Machtbasis außerhalb der widerspenstigen einheimischen Gesellschaft ermöglichte – zu den Siegerstaaten des Zweiten Weltkriegs gehörte, die nach den Vereinbarungen zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien von deutscher Besetzung zu befreien war. Demnach konnte die ČSR im Unterschied zu den Feindländern Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Deutschland gemäß völkerrechtlichen Grundsätzen keinem Okkupationsregime unterworfen werden. Stalin musste diesem Umstand mit Rücksicht auf seine Verbün-

deten im Westen Rechnung tragen und daher auf direkt von der UdSSR eingeleitete Eingriffe in die inneren Angelegenheiten verzichten.

Während die sowjetischen Militärbehörden in den besetzten Feindstaaten den Kommunisten bei Bedarf jederzeit beispringen konnten, um den ihnen begegnenden innenpolitischen Widerstand durch ein Machtwort auszuschalten, verbot sich diese einfache Methode in der Tschechoslowakei, die zudem Ende 1945 von der Roten Armee geräumt wurde, weil es – anders als in Polen, wo sich der Kreml auf das Erfordernis der Sicherung der Verbindungslinien zur sowjetisch besetzten Zone in Deutschland berufen konnte – keinen Grund für ihre weitere Präsenz gab. Zwar war sowjetischer Druck auf die Prager Politik deswegen keineswegs ausgeschlossen, doch musste er in einer nach außen hin verschleierte Form erfolgen. Das setzte dem Einfluss Grenzen. Der Kreml erreichte etwa, dass drei Vorkriegsparteien ihre Tätigkeit nicht wieder aufnehmen durften, war aber nicht in der Lage, so wie in den unter Okkupationsrecht stehenden Ländern, jedes politische Wirken von sowjetischer Lizenzierung und der Erfüllung dabei gestellter Bedingungen abhängig zu machen. Das hatte zur Folge, dass der „Nationale Block“, der alle Gruppierungen an der Regierung beteiligte, weder den Kommunisten automatisch eine „führende Rolle“ zuschob, noch ihre Rivalen an der Formulierung von Alternativprogrammen hinderte. Auch blieb es Moskau zunächst weithin verwehrt, zuverlässige Kader an die Schaltstellen von Verwaltung, Polizei und Armee zu bringen. Daher waren die Positionen, die auf der Enteignung und Vertreibung der Deutschen beruhten, von sehr großer, vielleicht entscheidender Bedeutung, als sich die Kommunisten, vom Kreml gedrängt und unterstützt, im Februar 1948 an die Alleinherrschaft putschten. Die Dekrete, mit denen Beneš den bürgerlichen Nationalstaat zu festigen gesucht hatte, wurden so zum Anfang vom Ende der Demokratie.